

Resolution

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Henzler,

wie wir der Presse entnehmen konnten, wird sich die Landesregierung nicht mehr an der Kofinanzierung der neu begonnenen Schulsozialarbeit beteiligen. Dies hat zur Folge, dass diese, auch nach Ihrer persönlichen Überzeugung dringend notwendig Maßnahme, um deren Einführung lange gerungen wurde, wieder eingestellt werden soll.

Jeder, der etwas von Schulsozialarbeit versteht, weiß, dass diese

- eine Beziehungsarbeit mit Jugendlichen darstellt, die behutsam angebahnt werden muss, um langfristig erfolgreich sein zu können.
- auf einem spezifischen, verlässlichen Konzept basieren muss, das in den betroffenen Schulen entwickelt wurde.
- ein hohes Maß an engagierter Arbeit und Kooperation mit Lehrkräften, Eltern und Jugendamt etc. erfordert.

Dies alles, was gerade beginnt, effektiv zu wirken, wird durch Ihre Entscheidung zerstört.

Folgende Konsequenzen drohen:

- Die Folgekosten fehlender Schulsozialarbeit werden den zukünftigen Staatshaushalt weit höher belasten als die Drittelfinanzierung.
- Die Arbeitsmotivation der neu eingestellten Schulsozialarbeiter/innen sinkt gegen Null, da sie gerade erst eingestellt wurden und bestehende Arbeitsplätze z. T. zugunsten Schule aufgegeben haben, müssen sie sich nun um neue Arbeitsplätze bewerben. Die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen auf staatliche Arbeitsverträge schwindet.
- Eine Finanzierung aus dem 105% -igen Budget ist nicht möglich, da der pädagogische Mehrbedarf für
 - zusätzliche Differenzierungsstunden in Kombinationsklassen (H/R)
 - zur Leseförderung (Strategisches Ziel II) und zur
 - Ausgestaltung schulischer Schwerpunkte (Musik, Bilingualer Zweig)

fest verplant sind.

Wie uns bekannt, wird die Drittelfinanzierung in anderen Landkreisen z. B. in Darmstadt-Dieburg und Marburg-Biedenkopf nicht in Frage gestellt.

Daher bitten wir Sie dringend, „legalisieren“ Sie die von Ihnen beanstandete Rechtslage und stellen Sie finanzielle Ressourcen zur Verfügung.

Ihr Vorschlag die notwendige Schulsozialarbeit zu finanzieren, begünstigt nur die Schulen, die bisher in keinerlei Weise in Innovationen investiert haben. Nur diesen stehen die zusätzlichen 5 % aus dem Budget überhaupt noch zur freien Verfügung. Bestrafen Sie durch Ihre Entscheidung nicht die Schulen, die sich in besonderem Maße engagieren.

Battenberg im Oktober 2009